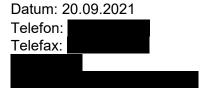
Gesundheitsreferat

Referatsleitung GSR-R



Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung im Verwaltungsbereich der Landeshauptstadt München – öffentlicher Teil

Verwaltung fit für die Zukunft machen! Antrag Nr. 20-26 / A 00644 der Fraktion Die Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt Fraktion vom 11.11.2020

An das Direktorium – D-I-ZV

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Zuleitung der genannten Beschlussvorlage und die Gelegenheit Stellung zu nehmen möchte ich mich bedanken.

Aus Sicht des Gesundheitsreferats ist eine Modernisierung der Arbeitswelten, das verstärkte Anbieten von Homeoffice, flexible Arbeitszeiten und –räume, einhergehend mit einer Reduzierung der Bestandsflächen richtig und wichtig. Das GSR hat bereits begonnen gemeinsam mit dem Kommunalreferat über eine Nachverdichtung und einer Optimierung der Flächen (Belegungskonzepte im Bestand) nachzudenken. Wo möglich, plant das GSR bereits entsprechend.

Gliederungspunkt 3. Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung im Verwaltungsbereich der Landeshauptstadt München

Sie beschreiben ab Seite 10 das "Handlungsfeld Technik" und definieren es als essentiell, um das Modell umzusetzen. Ab Seite 12 werden dann die technischen Lösungen skizziert. Auch aus Sicht des Gesundheitsreferats sind die technischen Lösungen für IT und für Telefonie essentiell. Ohne **eine** Standardausstattung, die es ermöglicht, jeden Laptop an jeden Arbeitsplatz anzudocken und ohne ein Telefonsystem wie Voice over IP kann Desksharing, Coworking und auch Homeoffice nicht gelingen.

Zu den einzelnen Aspekten merken wir Folgendes an:

- Flexibilisierung der Telefonie:

Eine Aufspaltung der künftigen Lösung zur "unified communication" in einen Telefonie- und einen sonstigen Teil erscheint nicht hilfreich, da gerade die Integration Synergien schafft und sich zudem viele Beschäftigte schwer tun, je mehr verschiedene Anwendungen sie bedienen und beherrschen müssen. Dass Voice-over-IP lediglich in wenigen Bereichen pilotiert, aber nicht ausgerollt werden soll, entspricht nicht unserem fachlichen Bedarf. Gerade im Contact Tracing für die Pandemiebekämpfung wäre dies eine sehr hilfreiche Möglichkeit und würde die Flächenbedarfe verringern. In vielen Bereichen des GSR erfolgt zudem eine Anrufverteilung z.B. über Sammelanschlüsse, auch dies lässt sich aktuell nicht im Homeoffice nutzen. Und schließlich ist ein Desksharing erst möglich, wenn an einem Endgerät beliebige Nebenstellen entgegengenommen werden können.

- Arbeitsplatzstandards it@M:

Derzeit gibt es keinen einheitlichen Standard: nur vereinzelte Arbeitsplätze sind mit 2 Bildschirmen ausgestattet, die Laptops sind untereinander nicht kompatibel, es gibt keine zweite Dockingstation und Peripherie fürs Homeoffice, die verfügbaren Headsets sind allenfalls für sporadische, nicht aber für dauerhafte Nutzung insbesondere auch in mehrfach belegten Büros geeignet, es gibt aktuell nur eine Standardkonfiguration, nicht aber z.B. CAD/GIS/DTP-Gerätekonfigurationen zum Abruf etc. Hier wären erhebliche Investitionen nötig, um tatsächlich professionell und flexibel nutzbare Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

- Pooling von Arbeitsplätzen:

Für eine professionelle Belegung ist auf jeden Fall ein entsprechendes Buchungstool erforderlich. Darin müsste je nach gesuchten Eigenschaften eine entsprechende Arbeitsplatzressource spontan buchbar sein. Das ermöglicht dann auch ein entsprechendes Reporting über die Auslastung, was für eine Steuerung notwendig ist.

- hybride Besprechungen:

Den Bedarf sehen wir in erheblichem Maße. Dies bedingt aber eher eine Mehrung entsprechender Besprechungsräume (mit entsprechendem Flächenbedarf) an allen GSR-Standorten sowie eine wirklich professionelle und zugleich sehr einfach bedienbare Konferenzausstattung. Diese muss flexibel und kurzfristig verfügbar sein und zentral finanziert werden, da die zusätzlichen Kosten in der aktuellen Haushaltssituation dezentral nicht darstellbar sind. Auch ein schnell verfügbarer IT-Support ist für diese Räume erforderlich.

- Kundenkontakt via Videokonferenz:

Speziell im Gesundheitsbereich bestehen hier sehr hohe Anforderungen an Datenschutz und Vertraulichkeit. Zudem erfordert die Nutzung durch Kund*innen und Klient*innen eine sehr einfache Bedienung ohne technische Hürden und eine maximal stabile Verfügbarkeit. Dies ist bei der Bereitstellung von Standardlösungen zu berücksichtigen.

- IT-Support zu Hause:

Diesen Bedarf sehen wir als dringend gegeben an. Insbesondere muss eine gute telefonische Erreichbarkeit des Servicedesk gegeben sein und ggf. ein spezialisiertes "Homeoffice-Team", weil gerade bei Störungen keine Möglichkeit besteht, das Serviceportal von einem anderen Arbeitsplatz aus zu bedienen.

- Regionale Coworking-Spaces:

Dieses Konzept ist aus Sicht des GSR zu begrüßen. Unserer Wissens wird dieses Konzept beim Freistaat Bayern bereits erfolgreich praktiziert. Dies wird insbesondere dem Bedarf der Beschäftigten gerecht, die zu Hause nicht die Möglichkeit haben, einen Homeoffice-Arbeitsplatz einzurichten. Diese regionalen Standorte müssten dabei gut erreichbar und flexibel buchbar sein (Buchungstool, s.o.). Dabei könnten auch Flächen außerhalb der Stadtgrenzen sinnvoll sein.

Gliederungspunkt 4. Immobilienwirtschaftliche Auswirkungen der zukünftigen Arbeitsgestaltung

Hier benennen Sie in der Überschrift 4.1. auf Seite 13, dass das Lehr- und Erziehungspersonal ausgenommen ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Gesundheitsreferat ebenfalls nur zu einem geringen Teil klassische Büroräume nutzt. Der überwiegende Bedarf im GSR liegt bei Untersuchungs-, Behandlungs- und Beratungsräumen. Diese Räumlichkeiten haben deutlich andere Bedarfe, nicht nur was die Raumanforderung und Möblierung betrifft, sondern auch was die technische Ausstattung betrifft. Es ergibt sich aus der Sache, dass nicht zwei Bürger*innen gleichzeitig in einem Raum untersucht oder beraten werden können. Belegungen können möglicherweise optimiert werden, aber eine Kürzung um 15 % ist nicht möglich. Zur Belegungsoptimierung müssen erst neue Konzepte entwickelt werden. Das GSR und das Kommunalreferat sind hier bereits in Gesprächen. Dies wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, der Ausgang ist derzeit völlig offen. Der Sozialdienst und der medizinische Dienst einschließlich der direkt und indirekt zugeordneten Verwaltungsbereiche sollten daher aus meiner Sicht ebenso von der Verringerung

ausgenommen sein, wie der Lehr- und Erziehungsdienst.

Auch die städtischen Friedhöfe und die städtische Bestattung müssen differenziert betrachtet werden. Auch hier finden Bürgerberatungen statt. Desksharing oder Mehrfach-Belegung sind nicht möglich. Daher muss aus Sicht des GSR auch dieser Bereich gesondert betrachtet werden.

Das Gesundheitsreferat und das Referat für Klima und Umweltschutz müssen in der Beschlussvorlage und in den weiteren Bearbeitungsschritten gesondert behandelt werden. Insbesondere muss die Tabelle auf Seite 16 geändert werden, das GSR und das RKU müssen hier einzeln aufgeführt werden. Das GSR hat völlig andere Bedarfe, die Standortstrategie des RKU ist dem GSR unbekannt.

Ich bitte meine Anregungen in die Beschlussvorlage aufzunehmen und die Stellungnahme als Anlage beizufügen.

berufsmäßige Stadträtin